



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Wandsbek
Bezirksversammlung

A U S Z U G

aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und
Verbraucherschutz vom 12.07.2016

Öffentlicher Teil:

zu 7.2. Müll und Mittelverwendung Jugendzentrum Jenfeld - Quadriga
Drucksache: 20-2949

Frau Ehlers ist erstaunt, dass die Jugendhilfeorganisation von ihren Zuwendungen so hohe Müllgebühren zahlen müsse. Der Ausschuss könne eventuell die Fachbehörde diesbezüglich um eine Lösung bitten.

Frau Behrens versteht die Unzufriedenheit der Einrichtung. Andererseits könne man aber nicht von der Stadtreinigung verlangen, einen individuellen Gebührensatz zu erheben. Möglicherweise könne man die Einrichtung finanziell stärker unterstützen, um sie von den hohen Gebühren zu entlasten.

Herr Freund merkt an, dass man die Gebühren auch durch Müllvermeidung verringern könne. Hier sollte zunächst der Träger, insbesondere im Hinblick auf das Thema Mülltrennung, in die Pflicht genommen werden. Zusätzlich könne man dann eventuell auch noch finanziell unterstützen.

Frau Jung schlägt vor, dass die Leitung der Einrichtung das Gespräch mit dem Träger der Flüchtlingsunterkunft suchen solle. Zu klären sei außerdem, ob die Einrichtung schon über eine gelbe Tonne verfüge. Zum Thema Mülltrennung könne man auch die Jugendlichen miteinbeziehen. Des Weiteren habe man vielleicht im zuständigen Regionalausschuss Kerngebiet Wandsbek Verbindungen zu der Einrichtung und könne darüber vermitteln.

Frau Bertram merkt an, dass man die Einrichtung, nur weil sie subventioniert werde, deshalb nicht von den Müllgebühren befreien könne. So eine Einzelfallregelung wäre der falsche Ansatz. Insbesondere unter Berücksichtigung der dortigen Flüchtlingsunterbringung müsse man Maßnahmen finden, um nicht noch mehr Müll zu produzieren.

Herr Plezia stimmt Frau Bertram zu. Eine Befreiung könne unter Umständen dazu führen, dass nicht mehr darauf geachtet werde, Müll zu vermeiden. Die Beteiligten sollten sich zusammensetzen, um gemeinsam eine Lösung für das Problem zu entwickeln. Wenn dies kein Ergebnis bringe, könne man auch über die Landesebene eine Regelung treffen.

Herr Freund fasst das Beratungsergebnis noch einmal zusammen. Man werde das Thema im Regionalausschuss Kerngebiet Wandsbek mitnehmen und bitte den Jugendhilfeausschuss darauf hinzuwirken, Gespräche zwischen der Einrichtung und dem Träger der Flüchtlingsunterkunft zu erwirken. Zunächst wolle man die Träger in die Pflicht nehmen, bevor man über höhere Fördergelder nachdenke.

Ergebnis:

Der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt Kenntnis und bittet den Jugendhilfeausschuss über das Beratungsergebnis zu informieren.